

An Bundespräsidialamt
Herrn Bundespräsident
Horst Köhler
Spreeweg 1
10557 Berlin

Glashütten, 1. Juni 2009

Behandlung von (Unfall)-Opfern in Deutschland

- Bitte Herrn Bundespräsidenten Horst Köhler persönlich vorlegen -

Sehr geehrter Herr Bundespräsident Dr. Köhler,

zunächst möchte ich Ihnen sehr herzlich zu Ihrer Wiederwahl als Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland gratulieren.

Ihre Wahl fiel mit den Feierlichkeiten zum 60-jährigen Bestehen des Grundgesetzes der BRD zusammen. In vielen Reden und Ansprachen, auch bei dem gleichzeitig stattfindenden evangelischen Kirchentag in Bremen, wurde ein zentrales Element des Grundgesetzes immer wieder besonders hervorgehoben: „Die M e n s c h e n w ü r d e“.

Trotz aller Berechtigung, das 60-jährige Bestehen der Deutschen Verfassung zu feiern, dürfen kritische Anmerkungen nicht ausgeblendet werden.

Da Ihnen ein hohes Maß an sozialer Kompetenz zugesprochen wird, möchte ich deshalb ein Thema aufgreifen, für das der Satz gilt: „Alle wissen darüber Bescheid, aber keiner tut etwas“.

Gemeint ist die Opferkultur in Deutschland. Dies betrifft sowohl den Umgang mit fremdverschuldeten Unfallopfern, Opfern sogenannter ärztlicher Kunstfehler als auch Verbrechensopfern. Denn die herrschende Opferkultur ist eines Rechtsstaates völlig unwürdig und unangemessen.

Immer wieder ist in Talkrunden im Fernsehen von prominenten Politikern zu hören, dass sich in diesem Land mehr um die Opfer gekümmert werden muss. Leider ist davon noch sehr wenig umgesetzt worden.

Es gibt im Bundestag einen Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe. Zu seinen Aufgaben gehört es u.a. Verletzungen von Menschenrechten zu korrigieren und Gefahren für die Menschenrechte vorzubeugen - im Inland, aber auch dann, wenn solche Verletzungen über nationale Grenzen reichen.

Da frage ich mich natürlich, weshalb dieses Thema nicht schon längst auf der Tagesordnung dieses Ausschusses steht.

Namhafte Politiker beschäftigen sich lieber mit den Menschenrechtsverletzungen in Tibet oder Guantanamo, als mit den gravierenden Mißständen im eigenen Land.

Unter anderem habe ich mich persönlich an den stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, Herrn Holger Haibach (CDU) gewandt, der gleichzeitig unser Vertreter des Wahlkreises ist.

Leider sah er keine Veranlassung, dieses Thema im Ausschuss aufzugreifen.

Auch habe ich einen längeren Brief an den rechtspolitischen Sprecher der CDU, Herrn Dr. Gehb geschrieben, der aber bisher nicht beantwortet wurde.

Weitere Briefe an andere Abgeordnete blieben unbeantwortet. Diese Verhaltensweisen tragen sicherlich nicht dazu bei, die Politikerverdrossenheit zu verringern.

Um die Problematik besser zu verdeutlichen, beziehe ich mich im folgenden auch auf einen Artikel in der FAZ vom 21.6.2007 von Frau Sabine Hildebrand-Woeckel:

„Ein paar Tausender für jahrelange Demütigung“.

Dieser Artikel ist im übrigen auch Justizministerin Zypries bekannt, mit der ich ebenfalls ein Gespräch führte.

Ich bin selbst vor fast 5 Jahren unverschuldet Opfer eines schweren Verkehrsunfalles geworden. (Als Rennradfahrer wurde ich in einer Kurve von einem Auto, das auf die Gegenfahrbahn geriet, frontal umgefahren.) Was ich danach bis heute alles erlebt habe und in den Folgejahren vermutlich noch erleben muss, spottet jeder Beschreibung. Doch nicht nur das Opfer selbst, sondern die gesamte Familie (Ehefrau und Kinder) werden zwangsläufig sehr stark in Mitleidenschaft gezogen.

Gemäss Artikel 6 unseres Grundgesetzes stehen Ehe und Familie unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung. Leider ist für Opfer davon nichts zu spüren.

Wer wie ich Mitte 50 ist und nach dem Unfall zu 50% schwerbehindert ist, sieht sich plötzlich mit existentiellen Problemen konfrontiert, was die gesamte persönliche Lage noch wesentlich verschärft.

Die bewusste jahrelange Verschleppung der Versicherungen, entsprechende Zahlungen zu leisten, führt darüber hinaus zu erheblichen chronischen psychischen Beeinträchtigungen, sowie extremen materiellen Nöten, die den Gesundheitszustand insgesamt weiter verschlechtern. Da ich kein Einzelfall, sondern der Regelfall bin, ist mein Glauben an den Rechtsstaat schwer erschüttert.

Ich kann aufgrund der bisher gemachten Erfahrungen nur zu dem Urteil gelangen: Deutschland ist ein absoluter Unrechtsstaat, was die Behandlung von Opfern angeht.

Die Beachtung der Menschenwürde, die als ein wesentlicher Bestandteil unseres Grundgesetzes gilt, wird nicht nur völlig außer Kraft gesetzt, vielmehr wird sie permanent über Jahre hinweg mit Füßen getreten.

In dem besagten FAZ-Artikel ist von jahrelanger Demütigung die Rede, ich gehe noch einen Schritt weiter und spreche von jahrelanger psychischer Folter mit Billigung des Gesetzgebers und der Justiz.

Menschen, die nach einem schweren Schicksalsschlag mit den Folgen eines Unfalles (oder Verbrechens oder ärztlichen Kunstfehlers) fertig werden müssen, erfahren nicht die geringste Unterstützung durch den Gesetzgeber. Im Gegenteil, wer sich das Entschädigungsrecht als Nichtjurist zu Gemüte führt, kommt nicht umhin zu glauben, dass man als Unfallopfer selbst der 'Verbrecher' ist. Der Gesetzgeber bürdet den Opfern sämtliche Lasten auf. Einzig das Klagerecht wird den Opfern eingeräumt.

Dies ist aber nur ein theoretisches Recht, weil das Opfer alle Kosten zu tragen hat, bei unterschiedlichen Sachverhalten jeweils ein eigener Rechtsanwalt benötigt wird und sich die Prozesse jahrelang hinziehen. Das Individuum ist gegen die großen Versicherungskonzerne völlig chancenlos.

Die vorherrschende Meinung der Justiz, dass das Opfer keinen Gewinn machen darf, ist in Anbetracht der lebenslänglichen erlittenen körperlichen Schädigung eine absolute Farce. Im Gegenteil: Das Opfer muss alle Auslagen vorfinanzieren und das über Jahre hinweg.

Diese seltsamen juristischen Gedankengänge werden sich Unfallopfern mit gesundem Menschenverstand auf ewig nicht erschließen.

Die Auflistung der finanziellen Werte menschlicher Gliedmassen ist ein Dokument von unbeschreiblicher Menschenverachtung. Ich frage mich nur, wer dafür die Verantwortung überhaupt tragen kann? Solche Menschen können nur seelenlose Monster sein.

Wenn vor Gericht Beamtenbeleidigungen und Ausweismissbrauch höher bestraft werden als die Schwerstschädigung eines Menschen durch einen Unfall, fragt man sich unwillkürlich, welchen Wert ein Mensch überhaupt hat und welche Bedeutung der körperlichen Unversehrtheit beigemessen wird.

Wer nun geglaubt hat - auf ärztliche Gutachter, gemäss ihrem Ethos, Verletzten zu helfen oder zumindest ihr Leiden zu verringern - vertrauen zu können, sieht sich erneut schwer getäuscht. Hier werden die Zu- und Nebenverdienstmöglichkeiten wegen der Beauftragungen durch die Versicherungen als wichtiger erachtet als die betrübliche Lage der Opfer. In diesem Zusammenhang von Schlechtachtern zu reden trifft die Situation weitaus besser. Zwischen all diesen Mühlsteinen wird das Opfer vollends zerrieben und zermalmt.

Vor einigen Jahren gab es in Frankfurt den Mordfall Jakob Metzler. Ein Polizeipräsident musste damals seinen Hut nehmen, wegen der Androhung physischer Gewalt gegenüber dem Verbrecher. Bezogen auf die Situation von Unfallopfern kann ich nur feststellen, dass Schwerverbrecher offensichtlich ein wesentlich schützenswerteres Rechtsgut sind, als Opfer.

Auch im Zusammenhang mit den RAF-Häftlingen wurde von Politikern vielfach gefordert, nach so langer Zeit sollte endlich mal ein Schlussstrich gezogen werden und Gnade vor Recht ergehen. Es wurde als ein Vorzug des Rechtsstaates angesehen, auch Schwerverbrecher wieder in die Gesellschaft einzugliedern. Das Bundesverfassungsgericht selbst sprach von einem Recht auf Resozialisierung.

Da frage ich mich ganz bescheiden: „Welche Rechte haben Opfer? -> K E I N E !!!

Seit meinem unverschuldeten Unfall bin ich zwangsläufig in eine Welt eingetaucht, von der ich vorher nicht wusste, dass es sie gibt. Und hätte mir jemand meine bisher gemachten Erfahrungen geschildert, ich hätte ihm nicht geglaubt und darauf verwiesen, dass Deutschland doch ein Rechtsstaat sei und dass dies alles unmöglich wahr sein kann.

Karl-Heinz Hofmann

Doch leider hat mich die Realität eines Besseren belehrt. Und jeder kann morgen schon selbst ein Opfer sein.

Mit freundlichen Grüßen

Karl-Heinz Hofmann

Anlagen

Chronologische Auflistung der Vorkommnisse nach dem Unfall

Zeitungsartikel

Politiker-Stellungnahmen